

Dr. Michael Wolf, 19.03.2022

## Bericht zur Lage

Sehr geehrter Herr Bischof,  
liebe Mitglieder und Gäste des Diözesanrats,

Es gibt viele wichtige Themen, die es in diesen Tagen wert wären, angesprochen zu werden. Sei es die neue Bundesregierung, der Wegfall des Paragraphen 219a des Strafgesetzbuchs, Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaerwärmung oder manche Entscheidung des Vatikans. Trotzdem werde ich diese Themen übergehen, ich werde mich in diesem Bericht zur Lage auf einige wenige wesentliche Punkte beschränken.

Wir hätten es kommen sehen können, schon seit Jahren. Es gab die Annexion der Krim im Jahr 2014. Wir haben gesehen, wie sich russische und weißrussische Truppen zu langen Manövern entlang der ukrainischen Grenze versammelt haben. Wir haben Verletzungen des ukrainischen Luftraums gesehen.

Wir sehen russisches Hegemonialstreben, den Wunsch ein untergegangenes Imperium wiederherzustellen. Wir sind „zurück in der Vergangenheit“ angekommen, wir erleben gerade eine Zeitenwende, wir erleben einen Führer, der den berühmten Satz von Clausewitz „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ wörtlich nimmt, obwohl der Rest Europas diesen aus ihren politischen Handbüchern gestrichen hat.

Der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine beendete einen 77-jährigen Frieden in Europa. Wir sehen zerstörte Städte, zerschossene Infrastrukturen und nicht enden wollende Flüchtlingskolonnen, meist Frauen, Kinder und Alte – die Schwächsten der Gesellschaft. Die Zwei-Millionen-Grenze an Flüchtlingen ist überschritten. Viele von ihnen haben oft nicht mehr als ihr Leben in die angrenzenden Staaten retten können. Es ist notwendig, dass Russland die Aggression sofort beendet, weitere Verluste und Schäden verhindert und das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung anerkennt.

Ich möchte an dieser Stelle den Nachbarstaaten – die sich im Jahr 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten aus, zumindest für mein Dafürhalten, fadenscheinigen Gründen entzogen haben – für Ihre Bemühungen und die tatkräftige Hilfe bei der Aufnahme der Flüchtlinge danken. Den westlichen Regierungen aber möchte ich ins Stammbuch schreiben, nicht Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Unterstützen wir Polen und Ungarn, die Slowakei und Rumänien materiell und finanziell und helfen bei der Aufnahme und Betreuung der Flüchtlinge. Hier sind wir alle, auch unsere Kirchen, gefordert. Wir sehen wieder die Ankunft von Flüchtlingszügen in Berlin und München. Wir nähern uns der Zahl von 200.000 nach Deutschland geflohenen Ukrainer – und das ist nur die offizielle Zahl. Hier gilt es nun solidarisch zu sein und zu Helfen wo notwendig.

Und wie geht es weiter? Der Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Genozid an russischen Bevölkerungsteil in der Ukraine wird es wohl nicht gegeben haben. Die gewählte Regierung in Kiew als „Nazis“ zu betiteln ist bei einem jüdisch-stämmigen Präsidenten wohl ausschließlich dazu gedacht das russische Volk hinter Präsident Putin zu sammeln und nicht, um der Wahrheit Genüge zu tun.

Dies scheint offensichtlich nicht vollständig zu funktionieren. Ich ziehe meinen Hut vor den Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich in Gefahr bringen, um diesen verbrecherischen Überfall anzuklagen und ein Ende der Kampfhandlungen zu fordern. Sie tun dies unter hohem persönlichem Risiko.

Und was bedeutet der Krieg in der Ukraine für uns? Wir Europäer, wir Deutsche werden uns unserer Schwächen bewusst – deutlich bewusst. Wir haben seit der Wiedervereinigung auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit fokussiert, war Russland ja aufgrund der eigenen

Schwierigkeiten nicht in der Lage seinen „Supermachtstatus“ aufrecht zu erhalten. Militärisch war über viele Jahre der Versuch der Zusammenarbeit angesagt und wir, wir haben die Möglichkeit genutzt, den Wehretat auszudünnen.

Wir alle träumen von einer friedlichen Welt – Schwerter zu Pflugscharen war viele Jahre das Schlagwort. Dass den Friedfertigen die Welt gehören wird, ist ein Fernziel. Ich begrüße die Mahnungen für eine zivilisierte, friedliche, waffenfreie Welt. Ich glaube, es braucht diese Stimmen in der aufgeheizten Atmosphäre unserer Tage, um diese Vision am Leben zu erhalten. Aber ich bin Realist genug um mir sicher zu sein – einseitig ist das nicht möglich. Dies würde Opfer schaffen. „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist ein Fernziel, auf das wir zuarbeiten müssen. Bis wir dieses Ziel erreicht haben, wird uns wohl nichts anderes übrigbleiben als Ciceros Mahnung aus der 7. Philippica umzusetzen: „Si vis pacem, para bellum“ – wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.

In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung eine Kehrtwende um 180 Grad gemacht. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro allein für Deutschland ist ein atemberaubender Betrag. Die zur Verfügung gestellten Mittel müssen aber auch sinnvoll eingesetzt werden. Die Vergangenheit zeigt, dass die vorhandenen Verwaltungsstrukturen dazu nicht immer geeignet sind. Notwendig ist es aber, unseren Soldaten die für ihre Aufgabe notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Augenmaß und Realismus sind aus meiner Sicht angesagt.

Und auch außerhalb militärischer Gesichtspunkte muss gehandelt werden: Unsere Abhängigkeit von russischem Gas und Öl muss zurückgedrängt werden. Das heißt nicht, dass wir in Zukunft die ausfallenden Energiemengen beim freundlichen Araber um die Ecke einkaufen sollen, sondern dass wir uns um die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien bemühen und gleichzeitig unseren Energiebedarf reduzieren. Unser Klima verzeiht uns ein „weiter so“ nicht, wir müssen uns bewegen und gegebenenfalls auch einschränken. Die Klimaerwärmung kann und darf nicht ungebremst voranschreiten. Wir müssen das gesetzte 2 Grad Limit einhalten. Wird diese Notwendigkeit nun durch zusätzliche Mittel und politischen Willen unterstützt, so können wir, so kann die ganze Welt von einer solchen Umstellung profitieren. Hierfür müssen entsprechende Maßnahmen politisch flankiert werden. Es ist schon so: Der Mensch braucht einen Anreiz das Richtige und nicht das Bequeme zu tun. Setzen wir den Anreiz in unsere Zukunft zu investieren. Auch wir, die Kirche von Würzburg, muss diesen bereits eingeschlagenen Kurs fortsetzen. Photovoltaik auf Kirchendächern wird in vielen Fällen das Gesamtensemble nicht wirklich beeinträchtigen, kann aber zu einer Unabhängigkeit von Energieimporten und zu einer Kosteneinsparung beitragen.

Ebenso haben wir eine soziale Aufgabe zu lösen. Unserem Land geht es gut, wir zählen gemessen am Lebensstandard zu den reichsten Nationen der Erde. Uns stehen Möglichkeiten offen, von denen unsere Eltern und Großeltern nur geträumt haben. Und trotzdem haben auch wir unsere Armen, unsere Mitbürger, die am Rand der Gesellschaft stehen. Bei allem militärischen Aufrüsten gilt es, diese Mitbürger nicht aus den Augen zu verlieren. Hier müssen auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Die Aufgabe ist, nachhaltig zu wirken – nicht nur die materielle Not zu lindern, sondern denen am Rand der Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, ihnen den Weg in die Mitte zu ebnen. Das eröffnet nicht nur für die Regierung, sondern auch für unsere Kirche ein breites Aktionsfeld. Hier müssen wir uns engagieren, Flagge zeigen und Position beziehen. Und: Wenn wir das tun, machen wir das in aller Öffentlichkeit. Lassen Sie uns klar machen: Die Kirche ist nicht nur Missbrauch, sie ist so viel mehr.

Und dann gibt es noch einen früheren Bundeskanzler, der während seiner Amtszeit weitreichende Änderungen veranlasst hat, die dem wirtschaftlich „kranken Mann Europas“ mit der Agenda 2010 wieder auf die Sprünge geholfen hat. Die wirtschaftliche Kraft, die Deutschland heute hat, verdankt es auch ihm. Er hat die Notwendigkeit der Änderung

erkannt und gegen den Widerstand seiner Parteigenossen die Umsetzung organisiert. Dafür hat ihm sogar seine Nachfolgerin im Amt 2005 öffentlich gedankt. Zitat: „*Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persönlich dafür danken, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, eine Tür zu Reformen, und dass er die Agenda gegen Widerstände durchgesetzt hat*“. Diese Agenda war überfällig, notwendig und – wenn wir unsere heute wirtschaftliche Situation betrachten – erfolgreich. Dass dieser frühere Bundeskanzler, der damals so viel Weitblick hatte, in Nibelungentreue an Putin festhält, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich wünsche seiner Partei auf jeden Fall, gute Entscheidungen und ein stabiles Nervenkostüm bei der Umsetzung der Entscheidungen bezüglich seiner Person – wie auch immer sie ausfallen mögen.

Lassen Sie mich nun den Blick in unsere Kirche werfen. Wir befinden uns inmitten eines großen Experiments, bei dem die Organisation der Diözese geändert wird. Im letzten Oktober wurden mit der Veröffentlichung im Amtsblatt Fakten geschaffen, die Errichtungsgottesdienste als Zeichen für den Neubeginn sind schon an vielen Orten erfolgt. Die bayernweiten Pfarrgemeinderatswahlen finden am Sonntag statt – unter den neuen Bedingungen in unserem Bistum. Je nach lokaler Entscheidung werden entweder Gemeinsame Pfarrgemeinderäte auf der Pfarreiengemeinschaftsebene oder Gemeindeteams gewählt. So mancher von uns hat gespürt, wie schwer es war, ausreichend viele Kandidaten zu finden, um eine echte Wahl zu ermöglichen. Dies ist sicherlich zum einen der Abneigung geschuldet, sich über einen langen Zeitraum von vier Jahren an eine Aufgabe zu binden. Zum anderen verkleinert sich die Basis. Beim Zusammenstellen der Briefwahlunterlagen in unserer Pfarrgemeinde konnte ich in diesem Jahr direkt sehen, wie die Zahl der Wahlberechtigten zurückgegangen ist. Eine schmerzliche Erfahrung. Sie führt aber gleich zur Frage: Wieso?

Für viele stellt sich die Sinnfrage: „Wofür braucht man die Kirche denn heute überhaupt noch“. Wenn wir hier keine überzeugende spirituelle Antwort geben können oder wollen, dann müssen wir mit den Konsequenzen leben: Mitgliederschwund.

Schuld am Mitgliederschwund ist sicherlich zu einem relevanten Teil auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Kirche in der Gesellschaft. Wer Moral predigt, seine Finger aber nicht bei sich behalten kann, macht keine gute Gestalt – selbst wenn außerhalb der Kirche auch viel Unheil geschieht. Und insbesondere die Frage „wie gehen wir als katholische Kirche in Deutschland mit dem Missbrauch um?“ hat großen Einfluss auf unser Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit.

Zwischen 1990 und 2010 war der Missbrauch weltweit publik geworden, seit 2010 ist das Thema auch in Deutschland virulent. Wir erinnern uns, mit dem Dialogprozess wurde ein erster Versuch gemacht, die Sprachfähigkeit zwischen Kirchenleitung und Kirchenvolk wiederzuerlangen. Aus meiner Sicht aber ohne nachhaltigen Erfolg. Im Anschluss daran hat die DBK das ZdK zum Synodalen Weg eingeladen, den wir aktuell gehen, und der sich nun in einen weltweiten synodalen Prozess einordnen muss. Wichtig ist für mich, dass sich hier gemeinsam Ehrenamtliche, Hauptamtliche ohne und mit Weihe den aktuellen Fragen und Anforderungen unserer Zeit an die katholische Kirche stellen. Sicherlich mit einer deutschen Sichtweise, geprägt von unserer Freude und Hoffnung, unserer Trauer und Angst. Die Fragen die hier zurecht gestellt, diskutiert und hoffentlich beantwortet werden, müssen unsere Kirche in die Zukunft tragen. Wir dürfen nicht zum Anachronismus werden, sonst enden wir im Museum.

Aber lassen Sie mich nochmals auf den Missbrauchsskandal zurückkommen. Für mich ist wesentlich, dass der Missbrauch aufgeklärt wird – auch wenn Verjährungsfristen abgelaufen sind, die Opfer müssen gehört und – wenn überhaupt möglich – Wiedergutmachung erfahren. Das deutsche Recht kennt den Tatbestand des Organisationsverschuldens, das

hier sicherlich mit vorliegt und dem wir uns als Organisation nicht entziehen können. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen.

Aber im gesamten Aufarbeitungsvorgang zeigen wir deutlich, dass die Katholische Kirche in Deutschland unbeholfen vorgeht. Deutschland ist in 27 Diözesen, Ortskirchen, strukturiert, jede mit einem Bischof oder auch Erzbischof an der Spitze, quasi als Monarchen. Jedes Bistum arbeitet nun den Missbrauch Schritt für Schritt auf. Jedes für sich allein, wenn überhaupt, dann nur locker synchronisiert. Als Ergebnis sehen wir, dass mit jeder neuen Studie erschreckende Aufarbeitungsergebnisse veröffentlicht werden. Der aktuelle Stand der Aufarbeitungsstudien ist schlimm genug:

- 6 Bistümer haben Aufarbeitungsstudien mit unterschiedlichem Umfang veröffentlicht (Aachen, Berlin, Erfurt, Köln, Limburg und München-Freising).
- 8 Bistümer – darunter auch unser Bistum – haben Gutachten in Arbeit (Essen, Freiburg, Mainz, Münster, Osnabrück, Paderborn, Trier und Würzburg).
- 4 Bistümer haben „Teilstudien“ zu besonderen Bereichen der Diözese – z. B. den Regensburger Domspatzen – veröffentlicht (Augsburg, Hildesheim, Regensburg und Rottenburg-Stuttgart). Das heißt, dass eine umfassende Analyse noch aussteht.
- 2 Bistümer haben Untersuchungen angekündigt (Bamberg und Speyer).
- 1 Bistum hat ein Teilgutachten in Arbeit (Hamburg).
- 6 Bistümer haben noch keine Aufarbeitungsprojekte initiiert oder wollen dies über die unabhängigen Aufarbeitungskommissionen machen (Dresden-Meißen, Eichstätt, Fulda, Görlitz, Magdeburg und Passau).

Was bedeutet das für uns als Kirche in Deutschland? Ganz klar: der Ärger und das mediale Echo werden in den nächsten Jahren nicht abreißen. Jede Diözese wird ihre Ergebnisse individuell veröffentlichen und, falls Verborgenes ans Tageslicht kommt, ein mediales Erdbeben auslösen. Glauben Sie mir, wenn einer dieser Berichte mit einem Urteil „keine besonderen Vorkommnisse“ abschließen sollte, wird das in der Presse kein relevantes Echo auslösen – von einer Randnotiz auf Seite 6 der Tageszeitung abgesehen. Bei jedem anderen Ergebnis werden wir, wie in manchen Diözesen bereits heute notwendig, Zusatztermine für den Kirchenaustritt bei den Gerichten und Ämtern einrichten müssen.

Kommunikationstechnisch ist dieses individuelle Vorgehen jeder Diözese eine Katastrophe. Die Bistümer arbeiten als „Franchise“ der katholischen Kirche mit Rom als Zentrale. Wir bekommen synchronisierte Messbücher hin – warum in aller Welt nicht ein zeitlich abgestimmtes Vorgehen über die deutschen Bistümer hinweg, um den Missbrauch aufzuarbeiten?

Aber, nicht alles ist unbeweglich, es geht vorwärts in unserer Kirche. Als sich 125 Kirchenbedienstete dieses Jahr im Rahmen des „Out in Church“ als nicht der klassisch binären Sexualität zuordenbar outeten, war das mediale Echo groß, die Konsequenzen – Gott sei Dank – nicht existent. Vielmehr scheint sich ein gewisser Realismus in den Kirchenleitungen – ob progressiv oder konservativ – eingeschlichen zu haben, dass man sich den Erkenntnissen der Neuzeit nicht einfach verschließen kann. Erinnern wir uns, die weltlichen Gerichte haben schon gegen die kirchlichen Moralvorstellungen entschieden: Warum ein Arzt, der an einem kirchlichen Krankenhaus arbeitet, nicht geschieden und wiederverheiratet sein durfte, erschloss sich den Richtern nicht.

Gleiches wäre für die sexuelle Orientierung zu erwarten gewesen. Zudem: Nur wenn Homosexualität eine freie Willensentscheidung ist, kann meines Erachtens nach die veraltete kirchliche Sicht des Widernatürlichen oder der Sünde angewendet werden. Wenn sie jedoch in den menschlichen Anlagen der Person liegt, dann ist eine solche Sicht unmöglich. Aus welchem Grund soll Gott denn eine – wenn auch kleine – Menge von Menschen in eine solche schwierige Situation bringen? Zudem, solange durch die abweichende Sexualität keine Beeinträchtigung Dritter erfolgt, wer macht uns zum Richter? Ich freue mich, dass wir hier für das Bistum Würzburg sehr schnell Klarheit hatten. Die Statements des Generalvikars und unseres Bischofs keine Maßnahmen gegen LGBTQ

zugehöriges Personal einzuleiten erfolgte umgehend. Sich als erste hierzu öffentlich zu bekennen ist definitiv Lob wert. Dass uns nun Limburg mit der Veröffentlichung im Amtsblatt geschlagen und den Schutz der Minderheit von einem persönlichen zu einem partikularrechtlichen gemacht hat, ist schade. Trotzdem, der „First Mover“ zu sein steht unserer Diözese gut zu Gesicht. Hoffen wir, dass die Änderung des Dienstrechts wirklich im Sommer unter Dach und Fach ist.

Dieses Thema geht Hand in Hand mit den Beschlüssen der Vollversammlung des Synodalen Wegs. Hier werden nun die Weichen für wohl weitreichende Vorschläge gestellt. Aber, am Ende der Würzburger Synode standen auch Beschlüsse und Wünsche, die nie weiterverfolgt wurden. Wie uns als Kirche in Deutschland der weltkirchliche Wind ins Gesicht weht, kann an den Stellungnahmen der Polnischen und der Nordischen Bischofskonferenz zum Synodalen Weg klar festgemacht werden: Ihr könnt über fast alles diskutieren, außer über das, was wir als wichtig betrachten. Wenn die Nordische Bischofskonferenz dann anspricht, dass die Aufarbeitung des Missbrauchs eine radikale Bekehrung erfordert, die aber vor jenen Themen Halt machen müsse, welche „unveränderliche Teile der Lehre der Kirche beinhalten“, also auch auch bei der „legitimen Suche“ nach Antworten auf Fragen zur Lebensform der Priester, zur Stellung der Frau und in Sachen Sexualität, dann versuchen sie den Lösungsraum substantiell einzuschränken. Die Polnischen Bischöfe machen einem das Leben da leichter, sie fordern schlichtweg eine Besinnung auf die hergebrachte Lehre der Kirche. Sie vergessen dabei aber das Jahr anzugeben, auf das sich „althergebracht“ beziehen soll. Hier warne ich vor Denkverboten – gleichzeitig aber auch möchte ich auf das Machbare hinweisen, um unsere Hoffnungen auf Änderung nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Die Aufgabe muss sein, die Bedürfnisse und das Selbstverständnis der Katholiken in den Blick zu nehmen, gesellschaftliche Entwicklungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen und sich auf die Kerninhalte des Glaubens zu fokussieren. Hier ist Theologie der Mathematik ähnlich, sie ist ein Gedankengebäude, das auf dem Fundament weniger grundlegender Aussagen basiert. Leider ist in der Theologie bislang der Wahrheitsgehalt einer Aussage nicht so einfach nachweisbar wie in der angewandten Mathematik. Konzentrieren wir uns auf die Aussagen der Frohen Botschaft. Die Tradition steht für mich hier nur an zweiter Stelle. Und dann lassen Sie uns dem Vorschlag des Hl. Augustinus folgen: „Liebe – und dann tu was du willst“.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Ich glaube wir brauchen Traditionen. Sie festigen die Gemeinschaft, sie dienen zur Identifikation mit der Gruppe. Vom Trachtenverein bis zur Bundeswehr ist der Wert der Tradition erkannt worden. Nehmen wir uns hier das gesellschaftliche Leben zum Beispiel und übernehmen die relevanten Traditionen, die das Feuer weitertragen und nicht nur die Asche bewahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.